

# Marzahn- Hellersdorf **links**

**DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt**

---

## **Aus dem Bezirksvorstand**

### **Informationen und Impressionen aus der Arbeit in den Jahren 2009 bis 2011**

#### **Dezember 2009**

Der neu gewählte Bezirksvorstand hat sich konstituiert. Er wird künftig jeweils am 2 und 4. Dienstag jedes Monats tagen. Die beschlossene Geschäftsordnung sieht als Neuerung vor, dass die Tagesordnung und die Protokolle der Sitzungen allen BO zur Kenntnis gegeben werden. Das entspricht einem Vorschlag aus der Hauptversammlung. Der Vorstand beschloss ferner, die existierenden Arbeitsgruppen weiterzuführen.

Der BV beschäftigte sich unter anderem mit einem Antrag zur Weiterführung der Schuldnerberatung im Bezirk, der auf der Hauptversammlung aus formalen Gründen nicht behandelt werden konnte. Zur Weiterführung der Schuldnerberatung wurde ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt und ein Sieger ermittelt, das weitere Verfahren läuft noch. Es gibt weder Veranlassung noch Möglichkeiten, in dieses Verfahren einzugreifen. Der BV nahm eine Information entgegen, dass unabhängig vom weiteren Verlauf die kontinuierliche Weiterführung der Schuldnerberatung im Bezirk gewährleistet ist.

Nach Meinung des BV hat die Veranstaltung zum Referentenentwurf des Berliner Klimaschutzgesetzes mit Petra Pau und Katrin Lompscher zur inhaltlichen Klärung und zur Versachlichung der Diskussion beigetragen. Besonders im Vorfeld der Bundestagswahlen waren in einigen Medien durch einseitige Interpretationen und extreme Auslegungen des Entwurfs Ängste geschürt worden. Die Diskussion zum Gesetzesentwurf wird auf breiter Grundlage weitergeführt werden. Wir treten für einen nachhaltigen Klimaschutz ein, der sozial gerecht und verantwortbar durchgesetzt wird.

Der Bezirksvorstand legte die Schwerpunkte seiner Arbeit für das Jahr 2010 fest. So ist für März 2010 eine Hauptversammlung zur sozialen Entwicklung in den Großsiedlungen des Bezirks, darunter zur Kinderarmut, geplant. Weiter ist vorgesehen, im April/Mai 2010 Mitgliederversammlungen in den Stadtteilen durchzuführen.

#### **Januar 2010**

Der Bezirksvorstand beriet in seiner Sitzung im Dezember einen Brief des Genossen Frank Fischer, Sprecher der BO 44. Genosse Fischer, der an der Sitzung teilnahm, hatte sich in einem Diskussionsbeitrag auf der Hauptversammlung am 17. Oktober 2009 kritisch mit einigen Aspekten der Arbeit des Bezirksvorstandes auseinandergesetzt und diese Kritik in einem Brief an die MaHeli und den Bezirksvorstand weiter ausgeführt. Im Lauf der ausführlichen Diskussion wurde deut-

lich, dass weiter darüber nachgedacht werden muss, wie auf Hauptversammlungen noch mehr Möglichkeiten für die BO gegeben werden, ihre Anliegen und Probleme darzustellen und unterschiedliche Positionen zu bestimmten Fragen zu diskutieren. Darüber wird der BV weiter beraten. In einer Reihe von Fragen, die Genosse Fischer aufgeworfen hatte, blieben jedoch die unterschiedlichen Positionen zwischen ihm und den Mitgliedern des BV bestehen.

Der Vorstand begrüßte, dass Gesundheitsstaatssekretär Benjamin Hoff der Bezirksbürgermeisterin die Zusage gegeben hat, dass die Pumpe am Habermannsee nicht wie geplant abgebaut wird. Das ist ein wichtiger Erfolg von Kommunalpolitikern der LINKEN.

In Auswertung des Landesparteitages vom 28. November kam der BV zur Auffassung, dass sich unsere Bezirksorganisation künftig noch konstruktiver an der Vorbereitung der Tagungen des Landesparteitages beteiligen und dazu beitragen müsse, realistische Ansprüche an linke Landespolitik zu stellen.

Der Bezirksvorstand beschloss einen Aufruf zur 2. Veranstaltung der Reihe „Geschichte(n) für die Enkel“. Auf Grund des Anforderungen des Bundestagswahlkampfes konnte diese Veranstaltung nicht, wie geplant, Anfang Oktober 2009 stattfinden. Sie ist jetzt für den 3. Oktober 2010 geplant, der BV hofft auf viele interessante Beiträge.

#### **Februar 2010**

Der Bezirksvorstand hat sich im Januar umfassend mit der Situation in der Partei und den in diesem Zusammenhang unterbreiteten Personalvorschlägen befasst.

Nach dem politischen Jahresauftakt der Fraktion am 11. Januar gab es unter den Mitgliedern ein recht unterschiedliches Echo. Positiv bewertet wurde, dass es endlich eine offizielle Information innerhalb der Partei gab – bislang verlief die Kommunikation hauptsächlich über die Medien. Wenig Verständnis zeigten viele Genossinnen und Genossen dagegen für die Behauptung, Dietmar Bartsch habe sich illoyal verhalten. Problematisch wurde auch gesehen, dass von einem „Machtvakuum“ und einem „fehlenden Zentrum“ gesprochen wurde. Es gibt schließlich einen geschäftsführenden Bundesvorstand mit 12 Mitgliedern, darunter zwei Vorsitzende und vier Stellvertreter. Offenbar gibt es für den nächsten Bundesparteitag auch Diskussionsbedarf zur Arbeit des Bundesvorstandes.

Die inzwischen unterbreiteten Personalvorschläge werden als ein tragfähiger Kompromiss angesehen, in dem sich die vorhandenen unterschiedlichen Positionen in der Partei in angemessener Weise widerspiegeln. Skeptischer wird die „Zweiteilung“ der Funktion des Bundesgeschäftsführers gesehen – aber bis zum Parteitag im Mai wird es Möglichkeiten geben, diese Fragen weiter zu diskutieren. Das sollte allerdings mit dem nötigen Augenmaß und der Beachtung der vorhandenen unterschiedlichen Positionen sowie mit einer politischen Kultur erfolgen, bei der das gemeinsame politische Ziel im Mittelpunkt bleibt.

---

# **DIE LINKE.**

Der Bezirksvorstand hat die 2. Tagung der Hauptversammlung für den 21. März 2010 einberufen. Haupttagesordnungspunkte sind die Diskussion der Studie „Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen In Marzahn-Hellersdorf“ und die Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag am 15./16. Mai in Rostock, der unter anderem auch den neuen Bundesvorstand wählen wird. Die Studie erscheint in gedruckter Form Ende Februar, der Bezirksvorstand hat beschlossen, dass allen Basisorganisationen die komplette Studie zur Verfügung gestellt wird, so dass eine gute inhaltliche Vorbereitung der Hauptversammlung möglich ist.

## März 2010

Der Bezirksvorstand beschäftigte sich mit der Vorbereitung der 2. Tagung der 2. Hauptversammlung, die am 21. März 2010, 10.00 Uhr, im Theater am Park stattfindet. Die Tagung wird sich mit der Studie „Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“ befassen und die Delegierten zum 2. Bundesparteitag der LINKEN wählen. Die Studie kann für alle Delegierten in der Geschäftsstelle abgeholt werden.

Im Ergebnis von Gesprächen zwischen der Partei DIE LINKE und der SPD in Marzahn-Hellersdorf wurde eine Vereinbarung zur bildungspolitischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien getroffen. Der Bezirksvorstand beriet in zwei Sitzungen über diese Vereinbarung und stimmte ihr am 23.02. einstimmig zu. In der Vereinbarung streben die beiden Parteien gemeinsame Handlungsfelder und Zielstellungen auf bildungspolitischem Gebiet an. So wollen sie die Diskussion um die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans fachlich vertiefen und einen gemeinsamen Standpunkt erarbeiten. Die Parteien wollen auch dazu beitragen, dass die Schulstrukturreform im Land Berlin erfolgreich im Sinne eines längeren gemeinsamen Lernens durchgeführt wird. Auf der Grundlage der Vereinbarung wollen sich die Fachpolitiker der Parteien und der BVV-Fraktionen regelmäßig beraten und abstimmen.

Der Bezirksvorstand nahm eine Information zum Sachstand im Zusammenhang mit der vorgesehenen Umgestaltung und Erweiterung (Aufbau des Obergeschosses) des Schlosses Biesdorf entgegen. Weiter beschloss er den Finanzplan für 2010.

Der Bezirksvorstand bereitete eine thematische Sitzung zu rechtsextremistischen Aktivitäten im Bezirk und Gegenstrategien dazu vor. Sie wird Informationen über die rechtsextreme Szene im Bezirk und über das Wirken von Akteuren gegen „Rechts“ beraten und konkrete Maßnahmen diskutieren und verabreden. Die Sitzung ist für den 23. März geplant.

## April 2010

Der Bezirksvorstand beschäftigt sich in seinen Beratungen ständig mit der komplizierten Situation, die in der LINKEN in Vorbereitung ihres 2. Bundesparteitages eingetreten ist. Es ist nicht verwunderlich, dass die vorgesehenen Satzungsänderungen, die unterbreiteten Personalschlüsse und auch die Diskussion zum inzwischen veröffentlichten Entwurf des Parteiprogramms durchaus unterschiedliche Reaktionen bei den Mitgliedern ausgelöst haben, die sich wohl auch nicht schnell überwinden lassen. Der Bezirksvorstand appelliert an alle Mitglieder, die Diskussion sachlich zu führen und die Tatsache anzuerkennen, dass die weitere Entwicklung der LINKEN Kompromisse zwischen unterschiedlichen Auffassungen erfordert. Deshalb sollten sich alle Mitglieder am Mitgliederentscheid beteiligen und sich verantwortungsbewusst entscheiden.

Die 2. Tagung der Hauptversammlung unserer Bezirksorganisation hat einen wichtigen Beitrag zur Analyse der sozialen Situation im Bezirk, besonders unter Kindern und Jugendlichen, geleistet und auf hohem Niveau eine Diskussion begonnen, die in den nächsten Wochen und Monaten auch in den Basisorganisationen fortgesetzt werden soll.

Der einleitende Vortrag von Rainer Ferchland und die Beiträge freier Träger, die als Gast an der Versammlung teilnahmen, haben dazu wesentlich beigetragen. Der Bezirksvorstand hat sich bei ihnen dafür bedankt.

Am 23. März beriet der Bezirksvorstand über rechtsextremistische Aktivitäten im Bezirk und Gegenstrategien dazu. An der Sitzung nahmen unter anderem Vertreter der Polizei, der bezirklichen Koordinierungsstelle „polis“ und des Antifaschistischen Bündnisses Marzahn-Hellersdorf (ABM) teil. Der Vertreter des Polizeiabschnittes gab eine Übersicht über Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund und erläuterte verschiedene Strategien der Polizei zur Prävention. In der Diskussion wurden Gedanken zum Zusammenwirken der verschiedenen Akteure ausgetauscht, es gab Übereinstimmung, dass diese Gespräche fortgesetzt werden und auch über die Schaffung bezirklicher Traditionen (z. B. „Schöner leben ohne Nazis“) beraten werden soll.

## Mai 2010

Die Tätigkeit des Bezirksvorstandes konzentrierte sich im April auf die Vorbereitung und Auswertung der 4. Tagung des 2. Landesparteitages. Wichtige Aspekte waren dabei der Mitgliederentscheid und die Diskussion zum Entwurf des Parteiprogramms.

Die hohe Beteiligung der Berliner Mitglieder der LINKEN am Mitgliederentscheid (62 Prozent) widerspiegelt das ausgeprägte Bedürfnis der Genossinnen und Genossen, in die anstehenden Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden. Auch wenn wir nicht übersehen, dass viele Mitglieder über die Fragen lieber einzeln als im Block abgestimmt hätten, liefert das Ergebnis eine klare Entscheidungsgrundlage für den Bundesparteitag im Mai.

Auch die Programmdiskussion macht das Interesse der Mitglieder an den Grundfragen der Politik der LINKEN deutlich. Die Reaktionen sind aber durchaus unterschiedlich, bei manchen Fragen – etwa Kapitalismuskritik, Wirtschaftspolitik und Regierungsbeteiligung – gibt es deutlich kontroverse Positionen. Das ist angesichts des noch laufenden Parteibildungsprozesses der LINKEN nicht verwunderlich. Wenn die Programmdiskussion aber zu der erforderlichen weiteren Annäherung führen soll, müssen diese Kontroversen kulturvoll ausgeglichen werden. Jeder hat das Recht, angehört zu werden, und jeder sollte die abweichende Meinung eines anderen respektieren, auch wenn er sie nicht teilt. Nicht alle Meinungsverschiedenheiten werden sich ausräumen lassen, also muss jeder sowohl über seine Position als auch über andere Positionen so nachdenken, dass am Ende der Diskussion ein Programm für eine einheitliche LINKE steht.

Ein sehr umstrittenes Problem ist die Frage der Regierungsbeteiligung. In dieser Frage hat die Berliner LINKE die größten praktischen Erfahrungen. Hier liegt auf uns eine große Verantwortung, sachliche Argumente in die Diskussion einzubringen. Wir haben Erfolge erzielt, die analysiert und propagiert werden müssen, aber wir haben auch Fehler gemacht und Rückschläge erlitten, über die ebenfalls zu sprechen ist. Gerade hier ist die Kompetenz der Berliner Genossinnen und Genossen gefragt, und die sollten jeder wahrnehmen und in die Debatte einbringen.

## Juni 2010

In seiner Sitzung am 11. Mai beschäftigte sich der Bezirksvorstand zunächst mit dem Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Hier waren auch Genossen aus Marzahn-Hellersdorf zur Unterstützung des Wahlkampfes im Einsatz, der Bezirksvorstand sprach ihnen den Dank für ihre Arbeit aus. Das Wahlergebnis der LINKEN stellt einen großen Erfolg dar, ist sie doch nun in 13 Landtagen vertreten. Damit hat sich das Fünf-Parteien-System in der Bundesrepublik etabliert. Die Bildung der LINKEN aus PDS und WASG hat wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen. Auch daraus leitet sich die Verpflichtung ab, den Parteibildungsprozess zielstrebig weiterzuführen, auch

im Hinblick darauf, dass im nächsten Jahr Wahlen zu zwei Landtagen stattfinden, in denen DIE LINKE bisher nicht vertreten ist (Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg)

Der Bezirksvorstand beschäftigte sich weiter mit der Unterstützung des „Zuges der Erinnerung“. Die kurzfristige Absage des ursprünglichen Haltes in Ahrensfelde und Verlegung nach Friedrichstraße erschwert die Möglichkeit von Besuchen durch Schulklassen aus unserem Bezirk. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes werden nach ihren Möglichkeiten die Organisation dieser Besuche unterstützen. Das betrifft gegebenenfalls auch die finanzielle Unterstützung dieser Besuche.

Zur Unterstützung der Programmdiskussion wird sich der Parteivorstand weiter mit inhaltlichen Problemen des Programmwerfs beschäftigen und Diskussionsmöglichkeiten dazu schaffen. Auf der nächsten Beratung des Vorstandes werden wir uns mit den unterschiedlichen Positionen zur Kapitalismuskritik im Programmwerf beschäftigen.

Der Vorstand beriet Schwerpunkte der weiteren Arbeit, dazu gehört unter anderem die weitere Debatte zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen im Bezirk auf einer Basiskonferenz und einer weiteren Tagung der Hauptversammlung.

Ab Juni ändert sich das Sitzungsschema des Bezirksvorstandes, seine Tagungen finden in Zukunft jeweils am 1. und 3. Dienstag jedes Monats statt.

## Juli/August 2010

Die Mitglieder des Bezirksvorstandes unterstützen die veröffentlichte Position von Gregor Gysi zur Erstürmung der Flottille mit Hilfsgütern für den Gazastreifen durch israelische Soldaten. Über die SprecherInnenberatungen wurden die Basisorganisationen auf diese Pressemitteilung hingewiesen und gebeten, diesen Standpunkt zu unterstützen.

Wie auf der letzten Tagung der Hauptversammlung beschlossen, wollen wir auf einer weiteren Tagung am 6. Oktober die Diskussion zur sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf weiterführen. Zur gründlichen Vorbereitung führen wir dazu am 13. September, 18 Uhr, in der Geschäftsstelle eine Basiskonferenz durch. Sie wird sich speziell mit dem Thema „Bildung“ beschäftigen. Zur Debatte stehen unsere Positionen zur Ganztagschule, zur Sekundarschule und zur Gemeinschaftsschule. Diskutiert werden soll auch, wie im Bezirk Strukturen erarbeitet werden können, die eine effektive Zusammenarbeit von Kita, Schule und Jugendeinrichtungen gewährleisten. Dazu soll auch ein Entwurf des für die Hauptversammlung vorbereiteten Beschlussentwurfs vorliegen.

Genosse Norbert Lüdtke, Bezirksstadtrat für Ökologische Stadtentwicklung, informierte den Bezirksvorstand ausführlich über aktuelle Aufgaben, darunter das Projekt „Aktionsräume plus“. Es umfasst fünf großräumige Gebiete Berlins, die durch komplexe Problemlagen gekennzeichnet sind. Eines dieser Gebiete ist „Nord-Marzahn/Nord-Hellersdorf“ – hinter dieser etwas ungewohnten Bezeichnung verbirgt sich im wesentlichen nichts anderes als das Gebiet der Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf.

In diesen „Aktionsräumen plus“ wollen Senat und Bezirke ihre Aktivitäten konzentrieren, um die sozialräumliche und städtebauliche Entwicklung zu verbessern. Ziel ist es, den Bewohnerinnen und Bewohnern der benachteiligten Gebiete bessere Zukunftschancen zu erschließen. Das Thema Bildung hat dabei Priorität, um insbesondere jungen Menschen neue Perspektiven zu eröffnen. Leitgedanke ist Berlin als solidarische Stadt.

Interessenten finden ausführliche Informationen im Internet unter [www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale\\_stadt/aktionsraeume\\_plus](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/aktionsraeume_plus).

## September 2010

Der Bezirksvorstand hat sich im Juli und August mit der Diskussion zum Entwurf des Parteiprogramms und mit der Vorbereitung der Basiskonferenz am 13. September und der Hauptversammlung am 9. Oktober zur Weiterführung der Diskussion „Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“ und zur Wahl der Delegierten zum Berliner Landesparteitag beschäftigt.

Weiter haben wir über die Position der LINKEN zur Gesundheitspolitik der schwarz-gelben Regierung beraten. DIE LINKE wird innerhalb der Aktionen im Herbst insbesondere zum Protest gegen die Pläne aufrufen, durch eine „Kopfpauschale“ die Kosten im Gesundheitswesen deutlich zu Ungunsten der gesetzlich Krankenversicherten „umzuverteilen“ – auch wenn das offenbar durch eine „Salamitaktik“ etwas verschleiert werden soll. Vom Bundesvorstand gibt es dazu ein Arbeitsmaterial, das wir auf den September-Beratungen des Basissprechern zur Verfügung stellen werden.

Bedeutenden Umfang in der Tätigkeit des Bezirksvorstandes hatte die Planung und Vorbereitung des Wahlkampfes für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung im Herbst 2011. Für die Wahl zum Abgeordnetenhaus ergibt sich für uns eine wichtige Veränderung – auf Grund der Entwicklung der Einwohnerzahl umfasst Marzahn-Hellersdorf jetzt nur noch 6 statt bisher 7 Wahlkreise und kann dementsprechend auch nur 6 Abgeordnete mit Direktmandat in das Abgeordnetenhaus entsenden. DIE LINKE hat natürlich das Ziel, ihre Mandate zu verteidigen und auch das Mandat im Wahlkreis 5 (entspricht weitgehend dem bisherigen Wahlkreis 5) zu erringen. Außerdem wollen wir natürlich unsere Mehrheit in der BVV halten oder noch besser ausbauen mit dem Ziel, wieder die Bürgermeisterin/den Bürgermeister zu stellen. Dazu werden natürlich erhebliche Anstrengungen nötig sein. Es gilt, die erreichten Ergebnisse gut darzustellen, Überlegungen für künftige Entwicklungen auszuarbeiten und natürlich auch gut überlegte Vorschläge für Kandidaturen zu unterbreiten. Das alles muss auch organisatorisch und finanziell abgesichert sein – dazu wurden eine inhaltliche Konzeption und ein Zeitplan erarbeitet, die wir in den nächsten Wochen mit den Basisgruppen diskutieren werden. Die Hauptversammlung wird bereits dazu dienen, auf einem wichtigen Gebiet – der Bildungspolitik – Schwerpunkte zu bestimmen, die dann in unser Wahlprogramm einfließen werden.

## Oktober 2010

Eine Partei, die in einem Berliner Bezirk in „Regierungsverantwortung“ ist, wird auch mit „Alltagsproblemen“ konfrontiert, die aber keine Kleinigkeiten sind, sondern durchaus in das Leben der Menschen eingreifen. So gab es im September bei Bürgern Besorgnis, weil laut einer Pressemitteilung der Senat beabsichtigen soll, bis 2013 die „Müllschlucker“ in den Hochhäusern abzuschaffen. Und in der Tat gibt es bei Wohnungsunternehmen schon seit 2009 solche Absichten, teilweise wurden sie auch umgesetzt. Dafür gibt es durchaus gute Gründe: Mülltrennung, Umweltschutz, Hygieneprobleme und eventuell auch Brandgefahr bei Verstopfung. Aber es gibt eben auch Mieter, denen es schwer fällt, ihren Mülleimer auf den Müllplatz zu bringen, das kann man nicht einfach außer Acht lassen. Natürlich ist das ein Problem, das ein Bezirksvorstand nicht lösen kann. Aber wir setzen uns dafür ein, dass es nicht nur korrekte Informationen, sondern auch entsprechende Gespräche zwischen Mietern und Vermietern zur Lösung dieses Problems gibt.

Im Mittelpunkt der Arbeit des Bezirksvorstandes stand aber die Vorbereitung der Hauptversammlung am 9. Oktober. Der Bezirksvorstand hatte in deren Vorbereitung einen Antrag mit dem Thema „Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“ vorgelegt und vorab in einer Basiskonferenz zur Diskussion gestellt. Dabei zeigte sich in einer insgesamt kritischen Diskussion, dass es über die Möglichkeiten bezirklicher Einflussnahme auf die sozialen Probleme durchaus unterschiedliche Ansichten gibt. Natürlich ergeben sich so-

ziale Probleme der Kinder und Jugendlichen des Bezirkes ganz wesentlich aus den gesellschaftlichen Verhältnissen unseres Landes, aber es gab zahlreiche Vorschläge und kritische Hinweise, wie die Verantwortung und die Handlungsmöglichkeiten der LINKEN im Bezirk klarer und konkreter dargestellt werden sollten. Der Bezirksvorstand hat deshalb beschlossen, unter Einbeziehung weiterer kompetenter GenossInnen den Antrag grundsätzlich zu überarbeiten und diese Neufassung der Hauptversammlung als Ersetzungsantrag vorzulegen.

## November 2010

Seit 2009 beteiligt sich der Bezirk Marzahn-Hellersdorf an der bundesweiten Initiative „Ort der Vielfalt“ und bekennt sich dabei auch zu Antidiskriminierungsarbeit, Arbeit gegen Demokratie gefährdende Phänomene und Rechtsextremismus. Dazu gehört auch die Veranstaltung „Schöner leben ohne Nazis“, die am 30. September auf dem Alice-Salomon-Platz stattfand. Vereine, Parteien und Organisationen haben sich an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt, darunter auch maßgeblich der Bezirksverband der LINKEN. Sie wollen mit dieser Aktion ein sichtbares Zeichen gegen Rechtsextremismus und Ausgrenzungen jeglicher Art setzen. Besonders hervorzuheben ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. So haben Schülerinnen und Schüler des Otto-Nagel-Gymnasiums und des Melanchthon-Gymnasiums beeindruckende Ergebnisse der Aktion „Stolpersteine“ ausgestellt. Diese Ausstellung trug auch deshalb wesentlich zum Erfolg der Veranstaltung bei, weil dadurch zahlreiche zufällig vorbeikommende Passanten veranlasst wurden, sich mit dem Anliegen der Veranstaltung zu beschäftigen. „Schöner leben ohne Nazis“ sollte auch in Zukunft weitergeführt werden.

DIE LINKE führt zur Zeit eine „Gesundheitskampagne“ unter dem Motto „Gesundheit ist keine Ware!“ durch. Sie ist Teil der Herbstkampagne gegen die Politik der schwarz-gelben Regierungskoalition, die allerdings bis jetzt noch nicht so richtig zum Laufen gekommen ist. Der Bezirksvorstand führt zur Popularisierung dieser Kampagne eine Unterschriftensammlung „Für bezahlbare Gesundheit!“ durch. Bürger fordern mit ihrer Unterschrift die Regierung auf, eine Gesundheitsreform zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger auf den Weg zu bringen, eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung und die volle paritätische Finanzierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenkasse zu gewährleisten und keine Zusatzbeiträge zu erheben. Die gesammelten Unterschriften (es handelt sich nicht um ein Volksbegehren) sollen dann in einer öffentlich wirksamen Form als Ausdruck des Protestes der Bürger gegen die Gesundheitspolitik der Regierung übergeben werden.

Der Bezirksvorstand weist auch darauf hin, dass eine an den Bundestag (Petitionsausschuss) gerichtete Petition zur „Beibehaltung der vollständigen paritätischen Beitragsfinanzierung in der GKV“ im Internet elektronisch mitgezeichnet werden kann (Internetadresse: [epetitionen.bundestag.de](http://epetitionen.bundestag.de), die Nummer der Petition ist 14071).

## Dezember 2010

Wasser ist ein wichtiges Lebensmittel, im antiken Griechenland (manchmal auch noch heute) galt es als eines der vier Grundelemente. Und es ist Gegenstand der Politik auf allen Ebenen – von der Weltpolitik bis hin zum Bezirk.

Im Land Berlin war das Volksbegehren über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben klar erfolgreich, es wurden unter Mitwirkung vieler unserer Mitglieder deutlich mehr Unterschriften gesammelt als erforderlich sind. Die Verträge wurden inzwischen inoffiziell von der taz und offiziell von den Vertragspartnern offengelegt. Das hat allerdings nach dem Gesetz keinen Einfluss auf den weiteren Ablauf des Verfahrens – deshalb werden die Wähler nun am 13. Februar 2011 zum Volksentscheid gerufen. In dieser Situation scheint es bei manchen Politikern anderer Parteien zu einem (wohl nicht zufälligen) Gedächtnisverlust über das Zustande-

kommen der Verträge und die Rolle der LINKEN (und früher der PDS) zu kommen. Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hat deshalb in einer Broschüre „Verkauft Wasser – Die Geschichte einer Teilprivatisierung und ihre Folgen“ nicht nur den Standpunkt der LINKEN dargelegt, sondern anhand von Reden und Erklärungen vom Januar 1999 bis zum November 2010 ihre Positionen exakt dokumentiert. Es lohnt sich, sich mit diesem Thema genauer zu befassen – nicht zuletzt, weil wir ja auf die Wahlen zugehen. Die Broschüre ist in der Geschäftsstelle zu bekommen, man kann sie auch im Internet ([www.linksfraktion-berlin.de](http://www.linksfraktion-berlin.de)) herunterladen.

Um Wasser, wenn auch in anderer Weise, geht es auch bei einem „Dauerbrenner“ der Bezirkspolitik – der Nutzung des Elsensees als Freibad. DIE LINKE ging und geht davon aus, dass es für die 240.000 Einwohner unseres Bezirkes und natürlich besonders für Kinder und Jugendliche eine „legale“ öffentliche Badestelle geben sollte. Wie bekannt, kann am Wernerbad eine solche Möglichkeit nicht geschaffen werden. Der Zustand, dass viele Bürger in Seen baden, in denen das offiziell nicht erlaubt ist, aber mehr oder weniger geduldet wird, kann in keiner Weise befriedigen. Also sollte die Debatte um den Elsensee weitergeführt werden, auch wenn sie schon lange andauert und es gelegentlich Irritationen gab.

In der Oktobersitzung der BVV brachten SPD, CDU und Bündnis-Grüne einen gemeinsamen Antrag ein, alle weiteren Planungen für eine Badestelle und Wasserskianlage am Elsensee sofort einzustellen. In namentlicher Abstimmung stimmten 23 Abgeordnete für und 25 gegen den Antrag – 21 von der LINKEN und vier Fraktionslose. Für Irritationen sorgte bei einigen, dass unter den vier Fraktionslosen ein Mitglied der ehemaligen Fraktion der NPD war. Deshalb sei noch mal deutlich gesagt, dass der Antrag auch ohne diese Stimme abgelehnt worden wäre (Stimmgleichheit ist Ablehnung – §20 der Geschäftsordnung). Man kann das übrigens alles im Internet nachlesen – wenn der Blick nicht durch den Wahlkampf getrübt ist.

## Januar 2011

Der 3. Landesparteitag hat sich konstituiert und die Leitungsgremien des Landesverbandes gewählt. Dass der Parteitag trotz unterschiedlicher Auffassungen in manchen Fragen in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre verlief, ist angesichts des bevorstehenden Wahljahres positiv zu vermerken. Aus unserem Bezirk wurden Doreen Kobelt und Hassan Metwally in den Landesvorstand und Erika Preußner und Eberhard Rohloff in die Landesschiedskommission gewählt, der Bezirksvorstand beglückwünschte die Genossinnen und Genossen zu ihrer Wiederwahl in diese Funktionen.

Zu den unterschiedlichen Positionen, die die Genossinnen und Genossen bewegen, gehört das Verhältnis zum Volksentscheid über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben. Allgemeine Zustimmung gibt es zur erfolgten Offenlegung der Verträge und zur grundsätzlichen Position der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe. Umstritten ist, ob DIE LINKE direkt zur Unterstützung des Volksentscheides aufrufen solle. Es gibt nicht unberechtigte Bedenken im Zusammenhang mit der Tatsache, dass ein Passus des Gesetzes (§4 – Unwirksamkeit) im Konflikt zur Bundesgesetzgebung steht und deshalb angefochten werden kann. Andererseits haben mehr als 300.000 Bürger mit ihrer Unterschrift den Gesetzentwurf unterstützt – eine Willensbekundung, die man trotz juristischer Bedenken wohl nicht übersehen kann. Der Landesparteitag konnte sich nicht zum Aufruf zur Unterstützung des Volksentscheides entschließen, er setzte stattdessen darauf, den Volksentscheid durch Gespräche noch zu vermeiden – ein angesichts klarer gesetzlicher Regelungen wenig realistischer Gedanke. Der Volksentscheid wird stattfinden, und jeder Genossin und jedem Genossen ist es selbstverständlich freigestellt, seine Meinung dazu kundzutun und für seine Überzeugung zu werben.

Im gerade begonnenen Jahr wählen wir das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen neu, und der Wahlkampf hat

unübersehbar begonnen. Für unseren Bezirk gibt es eine Besonderheit – die Zahl der Wahlkreise wurde von 7 auf 6 verringert, das ist natürlich auch mit einem neuen Zuschnitt der Wahlkreise verbunden. Für DIE LINKE, die bei den letzten Wahlen 6 der 7 Direktmandate gewann, ist das viel mehr als eine organisatorische Frage. Der Bezirksvorstand hat sich schon in mehreren Sitzungen mit der Vorbereitung der Wahlen beschäftigt und entsprechende Pläne – einschließlich der Finanzierung des Wahlkampfes – beraten. Zur Zeit arbeiten Bezirksvorstand und die Linksfraktion der BVV am Entwurf eines Wahlprogramms. Am 16. Januar wird er auf einer gemeinsamen Klausur beraten. Und dazu sind auch gute Ideen der Mitglieder unseres Bezirkesverbandes gefragt.

## Februar 2011

Auch im Bezirksvorstand begann das Jahr 2011 mit einem kurzen Rückblick auf das Ende des Vorjahres. Der Jahresempfang war eine erfolgreiche Veranstaltung, es gab viele interessante Gespräche in angenehmer Atmosphäre. Und dann war da noch eine Neuerung: Mit einer Weihnachtsfeier und natürlich auch kleinen Geschenken überraschte DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf am 21. Dezember 2010 rund 40 Kinder und deren Eltern, die derzeit im AsylbewerberInnen-Heim in der Otto-Rosenberg-Straße in Marzahn untergebracht sind. Bjoern Tielebein und Sabine Schwarz trafen sich mit Menschen aus Tschetschenien, Vietnam, Bosnien und Afghanistan, zumeist Familien mit Kindern, die um Asyl suchen und hier wohnen. Der Bezirksvorstand dankte den beiden stellvertretenden Bezirksvorsitzenden. Solche Veranstaltungen soll es auch in den nächsten Jahren geben.

Aber inzwischen sind wir schon „mitten“ im „Superwahljahr“ 2011. Außer den sieben Landtagswahlen, darunter auch die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin, ist ja auch die Diskussion zum Entwurf des Parteiprogramms in vollem Gange, und es wird im 2. Halbjahr den entsprechenden Leitantrag an den Bundesparteitag und dann einen Mitgliederentscheid geben – viele Aufgaben, auf die wir uns einstellen müssen.

Am 18. September wird auch die Bezirksverordnetenversammlung neu gewählt. Das Wahlziel der LINKEN im Bezirk ist es, wieder stärkste Fraktion in der BVV zu werden und die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister zu stellen. Das Wahlprogramm des Bezirkesverbandes ist in Arbeit. Am 16. Januar wurde auf einer Klausurberatung gemeinsam von den Mitgliedern des BV, der Fraktion der BVV und unseren Abgeordneten im Abgeordnetenhaus ein erster Entwurf beraten – Einzelheiten dazu kann man auf der Internetseite des Bezirkesverbandes nachlesen. Anfang Februar wird dann der überarbeitete Entwurf im Bezirksvorstand und in der Fraktion verabschiedet und steht dann zur öffentlichen Diskussion. Die Beschlussfassung erfolgt auf einer Hauptversammlung am 2. und 3. April 2011. Es ist beabsichtigt, dass dann diese Hauptversammlung auch als VertreterInnenversammlung tagen und über die Nominierung der Kandidaten für die BVV und für die 6 Wahlkreise für die Abgeordnetenhauswahlen entscheiden wird. In Anbetracht der personellen Zusammensetzung der Hauptversammlung wurde diesem Verfahren von der Landeswahlleiterin zugestimmt.

## März 2011

Nur scheinbar ist bis zu den Berliner Wahlen am 18. September 2011 noch lange Zeit. Tatsächlich hat der Wahlkampf längst begonnen, die Spitzenkandidaten für die Abgeordnetenhauswahl sind festgelegt. An den Wahlprogrammen wird gearbeitet, natürlich auch im Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf. Der Bezirksvorstand und die BVV-Fraktion haben gemeinsam ein bezirkliches Wahlprogramm mit der Überschrift „Marzahn-Hellersdorf in Berlin. Solidarität. Demokratie. Zukunft.“ als Entwurf verabschiedet. Es ist jetzt den BO und den Delegierten der Hauptversammlung zugegangen und steht am 2./3. April zur Abstimmung. An diesem Wochenende werden wir dann auch die Direktkandidaten für die Wahlkreise und unsere Liste für die BVV-Wahl

verabschieden. DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf wird in allen 6 Wahlkreisen zum Kampf um ein Direktmandat antreten, wir wollen in der Bezirksverordnetenversammlung wieder die stärkste Fraktion werden und auch in der nächsten Wahlperiode die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister stellen. Das sind anspruchsvolle Ziele, sie werden uns viel Kraft abverlangen. Aber auf uns liegt auch eine große Verantwortung, zusammen mit Lichtenberg sind wir die „Hochburg“ der LINKEN in Bezug auf die gesamte Bundesrepublik, daran knüpfen sich auch viele Erwartungen.

Und wir – DIE LINKE in Berlin – tragen auch noch eine andere Verantwortung für unsere Partei, die für ihr Selbstverständnis und auch für die Programmdiskussion von Bedeutung ist. Erstmals in der Bundesrepublik stellt sich DIE LINKE in einem Landesparlament nach einer zweiten Periode der Regierungsbeteiligung zur Wahl. Bisherige Regierungsbeteiligungen (oder Duldungen) hatten einen deutlichen Rückgang der Wählerstimmen am Ende der Legislaturperiode zur Folge – in Berlin beispielsweise von 22,6 % auf 13,4 %, in Mecklenburg-Vorpommern von 24,6 % auf 16,4 %. Nicht zuletzt damit wird von manchen die These begründet, DIE LINKE solle sich besser nicht an Regierungen beteiligen. In Berlin bestehen gute Chancen, dass wir nach dieser Legislaturperiode einen höheren Stimmenanteil bekommen als zu deren Beginn. Natürlich kann und soll damit die Diskussion um Regierungsbeteiligungen nicht beendet sein, aber wir könnten sie um ein praktisches Argument bereichern.

Das „Superwahljahr“ läuft, DIE LINKE hatte wohl keinen optimalen Start, aber in Hamburg gab es ein gutes Ergebnis, auch unser Bezirksverband hat dazu beigetragen.

## April 2011

Zusammen mit den Wahlkämpfen oder Wahlkampf vorbereitungen läuft in unserer Partei natürlich auch die Programmdiskussion weiter. Auch der Bezirksvorstand beschäftigt sich immer wieder mit in der Diskussion aufgeworfenen Fragen. Im März haben wir ausführlich über einen von unserem Landesvorsitzenden Klaus Lederer in einer Zeitschrift veröffentlichten Artikel mit der Überschrift „Programmatisch festgefahren“ diskutiert. Klaus Lederer wirft dort unter anderem die Frage auf, ob denn tatsächlich die Menschen aus den sozialen Ungerechtigkeiten und ungelösten Herausforderungen unserer Gesellschaft die Schlussfolgerung ziehen, dass der Kapitalismus schleunigst zu überwinden sei. Nach seiner Meinung ist das nicht so, die meisten Menschen leben so etwas wie eine „kritische Systemanpassung, die auf der Akzeptanz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft beruht.“ In der Tat sind ja viele Vorschläge und Vorhaben der LINKEN durchaus innerhalb der bestehenden Gesellschaft zu verwirklichen, und das ist ja auch beabsichtigt. Aber selbstverständlich ist das Ziel der LINKEN nicht die „Verbesserung“ des Kapitalismus, sondern seine Überwindung. Im Programmentwurf werden mit dem „Demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert“ Vorstellungen über eine Gesellschaft „jenseits des Kapitalismus“ unterbreitet. Aber es bleibt recht unklar, welcher Weg in diese Gesellschaft führt. Es wird ein „großer transformatorischer Prozess“ mit Reformschritten und Brüchen und Umwälzungen von revolutionärer Tiefe sein, wird sicher zu recht festgestellt. Aber wie dieser Übergang so gestaltet werden könnte, dass er eine umfassende „Massen“-Bewegung wird, bleibt erst mal noch unklar. (Übrigens finde ich den Begriff „Masse“ für handelnde gesellschaftliche Kräfte nicht gerade schön, auch wenn er seine theoriegeschichtliche Bedeutung hat.). Diese Frage wird wohl auch die Programmdiskussion nicht beantworten können – offensichtlich ist die Zeit dafür noch nicht herangereift. Aber es bleibt ein Problem des Wirkens der LINKEN, wie sie den Kampf um Veränderungen innerhalb dieser Gesellschaft, in der viele Menschen einen wesentlichen „Nutzen“ unserer Partei sehen, mit dem Kampf gegen diese Gesellschaft verbinden kann. Nicht zuletzt hängt damit auch die Debatte über Regierungsbeteiligung zusammen. Ich finde es gut, dass über diese Frage diskutiert wird. Aber diese Diskussion sollte anhand der gesellschaftlichen Situation und mit Verantwortungsbewusstsein und auch mit Vertrauen geführt werden. Es geht um die „reale Analyse

der realen Situation“, so haben wir das mal genannt, und das ist doch wohl immer noch richtig. Ob „rote Haltelinien“ diese Analyse ersetzen können, daran habe ich allerdings erhebliche Zweifel. Der Artikel von Klaus Lederer ist in Januar-Heft der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ erschienen und ist auf deren Internetseite zugänglich ([www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)).

## Mai 2011

Auch in diesem Monat ging es natürlich wieder um die bevorstehenden Wahlen. Das wird auch in den nächsten Monaten so bleiben. Mit der Hauptversammlung und der Vertreterversammlung, über die MaHeli in der April-Ausgabe berichtet hat, haben wir uns im Bezirk die Voraussetzung für einen erfolgreichen Wahlkampf geschaffen. Schaut man sich die Liste unserer Kandidaten an, so kann man mit einem modernen Ausdruck sagen, wir sind „gut aufgestellt“. Genauer und verständlicher: Wir haben in allen 6 Wahlkreisen unseres Bezirkes für das Abgeordnetenhaus Genossinnen und Genossen nominiert, deren Namen nicht nur innerhalb unserer Partei bekannt sind, mit denen sich auch politische Inhalte verbinden. Zwei Kandidaten – Wolfgang Brauer, und Gabriele Hiller – sind erfahrene und – ich sage es sehr bewusst – „kampfprobt“ Abgeordnete, die vier anderen – Manuela Schmidt, Regina Kittler, Heiner Niemann und Klaus-Jürgen Dahler – haben als Kommunalpolitiker einen „guten Namen“. Das ist eine „Mann“schaft (Entschuldigung, da weiß ich keine weibliche Form), mit der wir gut in den Wahlkampf gehen können. Das gilt aber auch für die KandidatInnen für die Bezirksverordnetenversammlung. Diese Liste führt die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle an. Natürlich steht dahinter unsere erklärte Absicht, auch im neuen Bezirksamt wieder die Bürgermeisterin zu stellen. Aber das muss erst mal durch ein entsprechendes Wahlergebnis untermauert werden. Neben erfahrenen Bezirksverordneten stehen junge Genossinnen und Genossen auf der Liste, teilweise auch schon mit BVV-Erfahrung, aber auch mit der ausdrücklichen Absicht, sich ein eigenes Aufgabenfeld zu erarbeiten. Dass DIE LINKE einen hohen Altersdurchschnitt hat, ist bekannt, aber wir haben erfreulich viele junge Mitglieder, die im wohlverstandenen Sinne „in die Politik drängen“. Und was den Bezirksvorstand ganz besonders gefreut hat: Auf unserer Kandidatenliste sind 55 Prozent Frauen, und das ohne offizielle Quote, denn die gibt es bei Vertreterversammlungen nicht. Das ist auch für DIE LINKE (noch?) nicht alltäglich. Und wir haben unser Wahlprogramm beschlossen, mit dem Motto „Marzahn-Hellersdorf in Berlin – Solidarität. Demokratie. Zukunft.“ Wir haben es ausführlich diskutiert, es gab zahlreiche Änderungsvorschläge und ein klares Abstimmungsergebnis. Und auch wenn wohl kaum zu erwarten ist, dass viele Wähler DIE LINKE auf Grund des Studiums ihres Bezirklichen Wahlprogramms wählen: Es ist auch ganz wesentlich ein Programm für uns selbst – es soll unsere Argumente, das Auftreten unserer KandidatInnen, das Wirken aller GenossInnen im Wahlkampf bestimmen. Und falls es jemand noch nicht bemerkt hat – wir sind schon mitten drin.

## Juni 2011

Verständlicherweise spielen im Bezirksvorstand Probleme der Kommunalpolitik eine große Rolle. Aber gute Kommunalpolitik funktioniert nicht außerhalb der Bundes- und Landespolitik, und so hat sich der Bezirksvorstand in den letzten Sitzungen auch ausführlich mit dem Zustand der LINKEN im Bund und im Land Berlin beschäftigt. Und da gibt es nicht nur Erfreuliches. Auf Bundesebene gibt DIE LINKE trotz mancher Erklärungen, Beteuerungen und Versprechen nach wie vor ein „zerstrittenes“ Bild ab. Dabei sind es nicht die unterschiedlichen Auffassungen zu verschiedenen Fragen an sich, die beunruhigen – diese Unterschiede sind ja allgemein bekannt. Es geht um einen Diskussionsstil, bei dem mancher von vornherein unterstellt, dass nur er selbst die „richtige“ Meinung hat. Aber ohne Respekt vor der Meinung des Diskussionspartners – auch wenn man sie nicht teilt – ist eine vernünftige Auseinandersetzung nicht möglich. Und der Bundesvorstand erweckt mitunter den Eindruck, als würden Meinungsverschie-

denheiten geradezu kultiviert. Man hat keineswegs immer das Gefühl, dass sie dem Anliegen einer einheitlich handelnden Partei untergeordnet werden. Und was den Umgang mit den Medien angeht, da fällt mir ein Zitat ein: „Eine Gelegenheit, den Mund zu halten, sollte man nie vorübergehen lassen.“ Das ist von Curt Goetz, der kannte DIE LINKE nicht, aber es ist trotzdem bedenkenswert. Mit Respekt vor der Meinung des anderen kulturvoll zu streiten – das sollte doch möglich sein.

Und auch die Landespolitik unserer Partei ist wohl noch nicht so ganz darauf eingestellt, dass wir in weniger als vier Monaten Wahlen haben. Wir regieren das Land zusammen mit der SPD, haben einen Koalitionsvertrag und freuen uns, als zuverlässiger Partner anerkannt zu sein. Zuverlässigkeit ist eine gute Eigenschaft, aber bitte auch gegenüber sich selbst. Im Landeswahlprogramm steht: „Deshalb wollen wir das Mindestwahlalter auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf 16 Jahre absenken.“ Ein entsprechender Antrag – von den Grünen – stand kürzlich zur Abstimmung, da muss DIE LINKE natürlich zustimmen ... nein, leider nicht, sie hat sich enthalten, weil der Koalitionspartner es so wollte. Zuverlässigkeit gegenüber dem Koalitionspartner, aber nicht gegenüber dem eigenen Wahlprogramm – es hat viele Versuche gegeben, mir das zu erklären, so richtig verstanden habe ich es bis heute nicht, mancher andere auch nicht. Wir haben Wahlkampf, da ist die SPD nicht unser Partner, sondern unser Konkurrent, und da zählt das Wahlprogramm mehr als der Koalitionsvertrag. Das ist keine allgemeine Aufforderung zum Bruch des Koalitionsvertrags, sondern zur Verantwortung gegenüber dem, was der Landesparteitag beschlossen hat. Warum sollten die Wähler eine LINKE wählen, die ihre Wahlzusagen schon vor der Wahl bricht?

Das ungeschickte Taktieren in der Frage der „Wasserverträge“ hat uns Ansehen gekostet. Die (sachlich durchaus begründeten) Bedenken gegen den § 4 dieses Gesetzes sind aber ebenso schwer vermittelbar wie die Argumente zur Enthaltung beim Wahlalter. Glaubwürdigkeit ist unteilbar – und das ist im Wahlkampf besonders wichtig.

## Juli 2011

Es wird niemanden verwundern: Die Arbeit des Bezirksvorstandes wird wesentlich geprägt durch die bevorstehenden Wahlen. Das Wahlkampfquartier des Bezirksverbandes ist eröffnet, in den Wahlkreisen fanden mit gutem Erfolg Gesamtmitgliederversammlungen statt (eine steht noch aus), überall gab es Ideen, welche Probleme wir anpacken wollen. Die Frage, ob wir Wahlkampf oder „nur“ Vorwahlkampf haben (wo ist da der Unterschied?), ist nun wohl geklärt.

Da steht wohl an erster Stelle die Feststellung, dass DIE LINKE in der vergangenen Wahlperiode allherd bewirkt hat. Für eine ausführliche Darstellung ist hier zu wenig Platz, das wird an vielen anderen Stellen geschehen. Aber wir sollten das bedenken, bevor wir darüber reden, was wir nicht erreicht haben oder wo wir ungeschickt agiert haben – aber darüber müssen wir natürlich auch reden. Der Bezirksvorstand hat für alle Stadtteile unseres Bezirkes Faltblätter (manche sagen lieber Flyer) angefertigt, in denen dargestellt wird, was in dem betreffenden Stadtteil erreicht wurde und was wir uns für die nächste Wahlperiode vornehmen. Das kann sich durchaus sehen lassen. Dass die Blätter außerdem mit schönen Fotos versehen sind und in guter Qualität gedruckt wurden, ist eine erfreuliche „Zugabe“, davon kann jeder in den nächsten Wochen sich selbst und andere überzeugen.

Damit sind wir eigentlich schon bei einer weiteren Aufgabe. Wahlkampf braucht Inhalte, aber sie müssen wirksam gemacht werden, müssen bei Wählerinnen und Wählern „ankommen“. Es geht also um die „Mühen der Ebenen“: Stände organisieren, Faltblätter und andere Materialien verteilen, Veranstaltungen mit den Kandidaten organisieren – und plakatieren. Vielleicht halten wir diesmal die Diskussionen darüber knapp, ob denn die Plakate gut sind und ob diese ganzen Plakataktionen überhaupt Sinn machen. Diese Diskussion haben wir nämlich bisher bei jeder Wahl geführt, und wir sollten wissen, dass es da unterschiedliche Meinungen gibt, mit denen wir leben müssen.

Nach meiner Meinung wäre es fatal, wenn DIE LINKE aus „Sparsamkeitsgründen“ im Straßenbild des Bezirkes nicht bemerkt würde. Also müssen tausende von Plakaten zum Aufhängen vorbereitet werden (Kabelbinder einziehen), und die Plakate der Direktkandidaten müssen in diesem Jahr wieder geklebt werden. Viele kennen das und sind schon „Spezialisten“, aber da werden noch viele Helfer gebraucht. Das Bezirkswahlbüro wird da Angebote aus den Basisorganisationen gern annehmen.

## August 2011

Stände, Plakate, Flyer, Gespräche mit Kandidaten, Foren – der Wahlkampf bestimmt wesentlich die Arbeit in unserem Bezirksverband. Aber auch für die Berliner LINKE sind natürlich jene Probleme bedeutsam, die die gesamte Partei bewegen: Für den 21. bis 23. Oktober ist die 2. Tagung des 2. Parteitages nach Erfurt einberufen, mit sehr gewichtigen Entscheidungen. Auf der Tagesordnung stehen die Beschlussfassungen über das Parteiprogramm, die Bundessatzung, die Wahlordnung, die Schiedsordnung und die Ordnung über Mitgliederentscheide. Und so hat – neben dem Wahlkampf – auch die Vorbereitung dieses Parteitages eine wichtige Rolle in den Beratungen des Bezirksvorstandes gespielt.

An der Diskussion des Programmtextwurfs haben sich viele Genossinnen und Genossen und Basisorganisationen unseres Bezirkes beteiligt. Neben Zustimmung gab es auch Kritik und Änderungsvorschläge. Der Parteivorstand hat nun die überarbeitete Fassung des Programms (wie auch den Wortlaut der anderen Dokumente) als Leitantrag an den Parteitag veröffentlicht. Die Texte sind im Internet zugänglich unter der Adresse

[www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/2parteitag2tagung/leit-antraege/](http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/2parteitag2tagung/leit-antraege/)

Sie sind auch als Broschüre in der Geschäftsstelle erhältlich.

Leitantrag an den Parteitag, das bedeutet eine andere Form der Diskussion und Stellungnahme. Natürlich kann und soll sich jedes Mitglied und jede Basisorganisation mit dem Inhalt beschäftigen und darüber diskutieren. Änderungen zum vorgelegten Text müssen aber jetzt als offizielle Änderungsanträge an den Parteitag formuliert werden. Solche Änderungsanträge kann jedes Parteimitglied und jede Basisgruppe stellen. Ohne dieses Recht einzuschränken, möchten wir aber die Möglichkeit geben, solche Änderungsanträge gegebenenfalls als Antrag des Bezirksverbandes oder als Anträge der Parteitagsdelegierten einzubringen, damit sie dann auf dem Parteitag mit entsprechendem Gewicht vertreten werden können. Deshalb bitten wir alle Basisorganisationen um Meinungsäußerungen zum Leitantrag, bei Notwendigkeit um Änderungswünsche, und es würde unsere Arbeit erleichtern, wenn bei an den Parteitag gerichteten Änderungsanträgen eine Kopie an den Bezirksvorstand übergeben würde. Auf der Grundlage dieser Meinungsbildung wollen wir in einer Basiskonferenz am 28. September mit unseren Parteitagsdelegierten diskutieren und gegebenenfalls entsprechende Änderungsanträge formulieren.

Der Beschluss des Parteitages über das Parteiprogramm ist dann aber noch nicht der Abschluss dieses langen Prozesses. Wir hatten ja beim Mitgliederentscheid im März/April 2010 auch darüber abgestimmt, dass über das Parteiprogramm endgültig durch einen Mitgliederentscheid Ende 2011 entschieden wird. Da ist dann auf jeden Fall die Meinung jeder Genossin und jedes Genossen noch einmal gefragt.

## September 2011

Seit dem 15. August hängen nun auch die Wahlplakate der LINKEN entlang der großen Straßen von Marzahn-Hellersdorf. Der Bezirksvorstand hatte sich nach mehreren Diskussionen entschlossen, die Plakatierung in unserem Bezirk mit einem kleinen Abstand zu den anderen Parteien zu beginnen. In der Geschäftsstelle waren schon viele Anrufe eingegangen, wo denn die Plakate unserer Partei bleiben. Damit war eigentlich eine der Diskussionen vor jeder Wahl wieder belebt: Soll

sich DIE LINKE an der sich jeweils wiederholenden „Materialschlacht“ beteiligen? Ohne Zweifel gäbe es vernünftige Gründe, das nicht zu tun, aber ebenso sicher ist, dass das (wenn auch nur zeitweilige) „Fehlen“ unserer Plakate sofort Reaktionen ausgelöst hat. Und wir haben uns entschlossen, noch ein wenig „zuzulegen“. Ein Kandidat wirbt auf seinem Plakat damit, dass er „Ihr Bezirksbürgermeister für Marzahn-Hellersdorf“ sei. Wir werden auch optisch noch deutlicher machen, dass es in Marzahn-Hellersdorf eine Bezirksbürgermeisterin der LINKEN gibt, die sich auch wieder zur Wahl stellt. Es wird deshalb auch noch zusätzliche Plakate mit dem Bild von Dagmar Pohle geben. „Die Küken werden im Herbst gezählt“, sagt eine Bauernregel, die Wählerstimmen am 18. September abends.

Die „Plattentour“ mit dem Spitzenkandidaten der LINKEN, Harald Wolf, am 3. und 4. August war ein Erfolg. Der Bezirksvorstand bedankt sich dafür bei allen, die dazu beigetragen haben.

Dank gilt auch allen, die bei der Plakatierung – beim „Fädeln“ und beim Hängen – mitgeholfen haben, das ist durchaus anstrengende körperliche Arbeit. Aber die zentrale Plakatierung kann naturgemäß nur die großen Straßenzüge abdecken. Deshalb haben wir für die Wahlkämpfer in den Wahlkreisen und in den Basisorganisationen noch Plakate zur Verfügung, die in den Quartieren und Kiezen aufgehängt werden sollen und von Genossinnen und Genossen sozusagen in „persönliche Pflege“ genommen werden. DIE LINKE soll auch abseits der Magistralen präsent sein. Aber bitte beachten: Spätestens eine Woche nach der Wahl müssen dann diese „persönlichen“ Plakate auch wieder entfernt werden, sonst kostet es Ordnungsgeld – so sind nun mal die Gesetze.

Dass in einem Wahlkampf alle Parteien um Stimmen kämpfen, ist ihr gutes Recht. Dass sie das in Auseinandersetzung mit den konkurrierenden Parteien tun, ebenso. Dabei kann und soll auch mit Schärfe um Argumente gestritten werden, aber es soll keine Diffamierungen, keine persönlichen Angriffe, keine „Schlammgeschlachten“ geben. Das ist gerade auf kommunaler Ebene wichtig, denn da werden nach der Wahl mehrere Parteien gemeinsam im Bezirksamt sitzen. Wir gehen davon aus, dass sich die demokratischen Parteien in unserem Bezirk auch in der Endphase des Wahlkampfes so verhalten.

## Oktober 2011

Der Bezirksvorstand hat sich natürlich mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur BVV beschäftigt, darüber ist aber an anderer Stelle in dieser Ausgabe die Rede – und wir werden uns natürlich weiter mit den Schlussfolgerungen beschäftigen.

In der ersten September-Sitzung ging es aber auch um ein anderes Problem. Am 2. September fand zum dritten Mal auf dem Alice-Salomon-Platz die Veranstaltung „Schöner leben ohne Nazis“ statt. Sie fand viel Aufmerksamkeit, die zahlreichen beteiligten Einrichtungen demonstrierten eindringlich, dass Marzahn-Hellersdorf ein „Ort der Vielfalt“ ist und rechtes Gedankengut, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus von der großen Mehrheit der Bewohner abgelehnt werden. Nach Ansicht des Bezirksvorstandes hat sich diese Veranstaltung fest im Bezirk etabliert, sie sollte auch in Zukunft weiter geführt werden. DIE LINKE wird das selbstverständlich unterstützen.

Und diese Aufmerksamkeit ist auch weiter dringend erforderlich. Die NPD hat es wieder ins Bezirksparlament geschafft – mit nur 2 Verordneten, also nicht in Fraktionsstärke, aber immerhin mit 4,1 Prozent der Stimmen. Und es geht ja nicht nur um „Nazis“, in diesem Jahr sind im Bezirk mit „pro Deutschland“ und „DIE FREIHEIT“ zwei Parteien angetreten, die deutlich rechtsgerichtete, fremdenfeindliche, intolerante Auffassungen vertreten – die Plakate mit der durchgestrichenen Moschee waren ja nicht zu übersehen. Diese beiden Parteien haben zusammen immerhin ebenso viele Stimmen erhalten wie die NPD.

Es sind „nur“ etwa 8000 Wähler, die diesen Parteien ihre Stimme

gegeben haben. Und ich bin überzeugt, dass das nicht 8000 „Nazis“ sind. Da mag auch eine undifferenzierte Protesthaltung eine Rolle spielen, aber es gibt eben auch subtilere Formen von Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit.

„Schöner leben ohne Nazis“ ist eine gute, bemerkenswerte Veranstaltung. Der Kampf gegen rechte Ideologien findet aber jeden Tag statt, nicht nur auf großen Veranstaltungen, sondern auch in ganz alltäglicher Arbeit.

Auch wenn wir noch ganz unter dem Eindruck der Wahlen stehen: DIE LINKE führt vom 21. bis 23. Oktober einen Parteitag durch, bei dem es insbesondere um das neue Parteiprogramm geht. Wer den Programmtext im Eifer des Wahlkampfes beiseite gelegt hatte, sollte ihn wieder hervorsuchen – nach dem Parteitag stimmen wir alle in einem Mitgliederentscheid darüber ab!

## November 2011

Natürlich stand im Mittelpunkt der Arbeit des Bezirksvorstandes im Oktober die Auswertung der Berliner Wahlen vom 18. September 2011. Auf der Hauptversammlung am 15. Oktober hat der Bezirksvorstand seine Gedanken dazu dargelegt, man kann sie auch im Internet nachlesen. Darüber wird noch weiter zu diskutieren sein. Aber es kann nicht nur um Analyse und Diskussion gehen – wir müssen zu Schlussfolgerungen für die Arbeit der LINKEN insgesamt und natürlich auch im Bezirk kommen. Das wird eine langfristige Aufgabe sein, denn den Verlust der Hälfte der Wählerstimmen in 10 Jahren kann man nicht durch kurzfristige Entscheidungen kompensieren. Hier müssen alle Mitglieder nicht nur mitdenken, sondern mitwirken.

Aber tagesaktuell ging es natürlich um die Konstituierung der Bezirksverordnetenversammlung und des Bezirksamtes. DIE LINKE ist die stärkste Fraktion der BVV, die Hauptversammlung hat entschieden, dass wir dementsprechend einen Vorschlag für die Bezirksbürgermeisterin und die Vorsteherin der BVV unterbreiten. SPD, CDU und Grüne haben sich demgegenüber zu einer „Zählgemeinschaft“ zusammengeschlossen, um das Vorschlagsrecht für den Bezirksbürgermeister zu bekommen. Auch wenn man anzweifeln kann, ob das dem Wählerwillen entspricht – das Bezirksverwaltungsgesetz sieht diese Möglichkeit ausdrücklich vor. Man sollte allerdings wissen, dass diese „Zählgemeinschaften“ auf eine Forderung des CDU-Politikers Klaus-Rüdiger Landowski zurückgehen, der nach der Wahl 1994 die Devise verkündete „PDS-Bürgermeister verhindern!“. Diese Zählgemeinschaft hat aber darüber hinaus vereinbart, eine Vertreterin der CDU als der drittstärksten (!) Fraktion zur Vorsteherin und einen Kandidaten der SPD zu ihrem Stellvertreter zu wählen, DIE LINKE also von diesen Funktionen auszuschließen. Darüber hinaus wurde ein Abstimmungsverhalten vereinbart, das ausschließen soll, dass Anträge anderer Fraktionen angenommen werden. Da auch noch festgelegt ist, dass an die Grünen für ihre Beteiligung ein Ausschussvorsitz und drei Bürgerdeputierte abgetreten werden, entsteht doch der Eindruck, dass hier ein „Deal“ zur Verfälschung des Wählerwillens vorliegt. Außerdem haben SPD und CDU eine zusätzliche Vereinbarung über ihre Zusammenarbeit im Verlauf der Wahlperiode unterzeichnet – auch das ist nicht gerade alltäglich. Da beide Parteien auch zusammen in der BVV keine Mehrheit haben, wohl aber im Bezirksamt, könnte man auf den Gedanken kommen, dass hier eine Front gegen DIE LINKE geschmiedet werden soll. Wie das mit dem auch von diesen Parteien wortreich vorgetragenen Bekenntnis zu kollegialer und transparenter Zusammenarbeit zusammenpasst, wird abzuwarten sein. An der LINKEN wird eine faire Zusammenarbeit gewiss nicht scheitern.

*(Zusammenstellung der regelmäßig in „Marzahn-Hellersdorf links“ veröffentlichten Kurzberichte „Aus dem Bezirksvorstand“, aufgeschrieben von Bernd Preußner)*

## Bericht über die Tätigkeit der Finanzrevisionskommission (FRK) der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf 2009-2011

Die Finanzrevisionskommission wurde auf der Hauptversammlung am 16.09.2009 gewählt. Ihr gehören an: **Erika Driedger, Jutta Freiberg, Maria Heinich und Hans-Peter Schneider**. Die bisherige Vorsitzende Gerta Burckhardt musste leider aus gesundheitlichen Gründen ausscheiden. An dieser Stelle sei ihr nochmals für die geleistete Arbeit herzlichst gedankt.

Auf der konstituierenden Sitzung am 17.11.2009 wurde Genossin Driedger zur Vorsitzenden und Genosse Schneider zum stellvertretenden Vorsitzenden der FRK gewählt.

Die FRK traf sich bisher zu 10 Sitzungen. Inhaltliche Schwerpunkte waren entsprechend der Ordnung über die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen der Partei DIE LINKE v. 24. und 25. Mai 2008:

- Plan Einnahmen/Ausgaben (Finanzplan des Bezirksverbandes Marzahn-Hellersdorf)
- Beitragskassierung
- Mandatsträgerbeiträge
- Kassenprüfung.

Die dafür notwendigen Unterlagen wurden rechtzeitig, vollständig und übersichtlich von den Genossinnen der Geschäftsstelle bereitgestellt und für Nachfragen und Erläuterungen standen Y. Rami und M. Richter-Kastschajewa immer zur Verfügung. Dafür möchten wir uns sehr herzlich bedanken.

Die Kontrolle des Planes Einnahmen/Ausgaben wurde durch umfangreiche Erläuterungen unterstützt und war dadurch insgesamt plausibel und nachvollziehbar. Die Mittel für die Position „Öffentlichkeitsarbeit außerhalb der Wahlkämpfe“ wurden unserer Meinung nicht ausreichend genutzt. Auch die AG griffen nur unzureichend darauf zurück. Hier sieht die FRK Handlungsbedarf beim Bezirksvorstand.

Bei der regelmäßigen Kontrolle des Standes der Beitragskassierung stellten wir in 2009 und 2010 einen Sollbestand fest. Deshalb wurden Briefe vom Bezirksvorstand an die säumigen Zahler geschrieben. Im Ergebnis dieser Briefaktion wurde von den 56 angeschriebenen Parteimitgliedern die Beendigung von 18 Parteimitgliedschaften entsprechend Satzung beschlossen. (Beschluss des BV vom 17.12.2010). Im Jahr 2011 wurden nochmals 76 Parteimitglieder angeschrieben, die größere Beitragsrückstände hatten. Für 20 Mitglieder wird geprüft, ob ihre Parteimitgliedschaft entsprechend der Satzung zu beenden ist, indem der Bezirksvorstand den Austritt feststellt (Landessatzung § 3). Die Beitragskassierung für die Europäische Linke wurde bisher noch nicht kontrolliert. Wir empfehlen, das in Zukunft zu tun.

Umfangreich widmete sich die FRK der Kontrolle über die Zahlung der Mandatsträgerbeiträge. Die Zahlung der Mandatsbeiträge ist klar geregelt. Es wurde mit jedem Mandatsträger eine schriftliche Vereinbarung über die Höhe der Zahlung geschlossen. In Härtefällen kann eine Sozialklausel in Anspruch genommen werden, die vom Fraktionsvorstand gegenüber dem Bezirksvorstand zu beantragen ist (Beschluss der HV vom 26.03.2006). Aus unserer Sicht wurde diese Verfahrensweise nicht ausreichend durchgesetzt. Es war schwierig, die Zahlung zu kontrollieren, weil einige Mandatsträger sehr unregelmäßig (quartalsweise, halbjahresweise, nach Kassenlage, ...) zahlen. Auch gibt es keine Übersicht darüber, wer die Sozialklausel in Anspruch nimmt und für welchen Zeitraum. Im Vergleich zu Vorjahren konnte jedoch ein besseres Zahlungsverhalten festgestellt werden. Trotzdem gibt es immer noch mehrere Mandatsträger mit z.T. größeren Rückständen. Ein Mandatsträger zahlt seit Ende 2008 überhaupt keinen Beitrag mehr. Insgesamt haben die Mitglieder der FRK den Eindruck, dass sich die Fraktion nicht ausreichend mit den Säumigen auseinandersetzt. Die FRK empfiehlt dem BV, Zahlungspläne für Mandatsträger mit großen Rückständen aufzustellen und deren Einhaltung regelmäßig zu kontrollieren.

Zur Kassenprüfung hat es eine Veränderung des Belegwesens gegeben. Die Kassenbelege werden im 14-täglichen Rhythmus persönlich an den Landesvorstand gegeben. D.h. für die FRK, es kann nur das elektronische Kassenbuch geprüft werden. Unterschriften können demzufolge nicht geprüft werden. Damit geht die Prüfung der Belege an die Landes-FRK über.